

Antrag 85/II/2022**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Neustart in der Westbalkanpolitik: Wo ein Wille, da auch ein Weg!**

1 Spätestens seit Beginn des russischen Angriffskriegs ist
2 klar: Europa muss enger zusammenwachsen, um hand-
3 lungsfähig zu bleiben. Die Europäische Union muss die Be-
4 ziehung zu ihren europäischen Nachbarstaaten überden-
5 ken und inklusiver gestalten. Daher ist es ein außerordent-
6 lich begrüßenswerter Schritt, die Ukraine und Moldau als
7 Beitrittskandidaten zur EU anzuerkennen und nun auch
8 formelle Gespräche im Rahmen von Beitrittsverhandlun-
9 gen mit Albanien und Nordmazedonien zu führen. Diese
10 Solidarität ist jetzt ein wichtiges Zeichen!

11

12 Was uns diese Entwicklungen aber auch gezeigt haben:
13 Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg! Diesen Willen brau-
14 chen wir auch verstärkt in anderen Teilen des Westbal-
15 kans und Europas. Putins imperialistische geopolitische
16 Ziele enden nicht an ukrainischen Staatsgrenzen. In Mos-
17 kau wird daran gearbeitet, dem Einfluss der NATO und der
18 EU in Südosteuropa entgegenzuwirken und im Visier Pu-
19 tins ist dabei vor allem der Westbalkan, welcher die Re-
20 gion des ehemaligen Vielvölkerstaats Jugoslawiens sowie
21 Albaniens umfasst: Albanien, Bosnien und Herzegowina
22 (BiH), Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien.
23 Auch Kroatien und Slowenien gehören zum Westbalkan,
24 werden aber seit ihrem Beitritt zur EU gesondert betrach-
25 tet.

26

27 1991 begann der Vielvölkerstaat Jugoslawien zu zerfallen,
28 nachdem sich mehrere Staaten unabhängig machten. In
29 BiH brach daraufhin ein verheerender Krieg aus, der auch
30 den Völkermord von Srebrenica umfasste und auch zwi-
31 schen Serbien und dem Kosovo kam es zu kriegerischen
32 Auseinandersetzungen.

33

34 Heute ist der Westbalkan wieder in einer Phase der De-
35 stabilisation: Nationale Interessen werden vor regionaler
36 Einigkeit verfolgt; BiH droht durch separatistische Bewe-
37 gungen zu zerbrechen; Perspektivlosigkeit belastet die Be-
38 völkerung und vor allem die Jugend vor Ort. Weit vorne auf
39 der internationalen Bühne und mitten im Geschehen ist
40 dabei kein geringerer als der Kreml, der den Westbalkan
41 als nächsten Krisenherd für seine Machtspiele anvisiert
42 hat. Denn der Westbalkan ist eine komplexe, aber über-
43 aus wichtige geopolitische Region.

44

45 Seit Jahren weitet Russland seinen Einfluss auf die Län-
46 der des Westbalkans aus mit dem Ziel, diese politisch
47 zu destabilisieren und die europäische Integration und

48 NATO-Annäherung dieser Staaten zu blockieren. Beispi-
49 le hierfür sind Geheimdienstoperationen, Anschlagplä-
50 ne gegen Oppositionelle und gezielte Cyberangriffe ge-
51 gen demokratische und zivilgesellschaftliche Organisatio-
52 nen. Neben militärischen Mitteln bedient sich die rus-
53 sische Regierung auch "soft power" Instrumenten, wie
54 Desinformation, den Austausch über die serbisch bzw.
55 russisch-orthodoxe Kirche und wirtschaftliche Abhängig-
56 keiten. Die Abhängigkeit von Russland zeigt sich auch dar-
57 an, dass Serbien und BiH sich geweigert haben, die Sank-
58 tionen der EU gegen Russland nach dessen Einmarsch in
59 die Ukraine mitzutragen. Die Rolle Russlands liegt dabei
60 in der Funktion als Gegenpol zur EU, indem Russland ak-
61 tiv anti-europäische Sentiments und nationalistische Par-
62 teien unterstützt, die mit ethnopolitischen Ideologien für
63 gesellschaftliche und politische Instabilität in den Staaten
64 des Westbalkan sorgen.

65

66 Im besonderen Fokus Moskaus stehen dabei vor allem
67 zwei Staaten, die von kontinuierlichen und tiefgreifenden
68 Krisen geprägt sind und dessen Beziehungen zu der EU
69 bisher am schwächsten voranschreiten: Bosnien und Her-
70 zegowina sowie die Republik Kosovo.

71

72 BiH besteht seit dem Ende des blutigen Krieges durch den
73 Friedensvertrag von Dayton von 1995 aus zwei teilautono-
74 men Entitäten: Die mehrheitlich von ethnischen Serb*in-
75 nen bewohnte Republika Srpska, sowie die Föderation
76 BiH, welche wiederum zu rund 75% von Bosniak*innen
77 und zu 20% von Kroat*innen besiedelt ist. Bis heute ist das
78 Land von einer innenpolitischen Krise geprägt und ethni-
79 sche Konflikte überdauern sowohl in der Zivilgesellschaft,
80 als auch an der politischen Spitze des Landes. Haupttrei-
81 ber dieser Konflikte ist der serbische Vertreter im Staats-
82 präsidium, Milorad Dodik, der im Herbst 2021 die Abspal-
83 tung der Republika Srpska vom restlichen Teil Bosnien-
84 Herzegowinas durch die Blockade und Boykottierung zen-
85 traler Staatsinstitutionen, dem Austritt aus dem bosni-
86 schen Steuer- und Justizsystem und den Aufbau einer ei-
87 genen Armee ankündigte. Neben seinen völkerrechtswid-
88 rigen Sezessionsbestrebungen leugnete er offen den Völ-
89 kermord von Srebrenica, proklamiert offen nationalisti-
90 sche Ansichten, die mit der Abwertung anderer einherge-
91 hen und sein Ziel, die „Wiedervereinigung aller Serben in
92 einem Groß-Serbien“ erreichen zu wollen, obwohl dies ein
93 klarer Verstoß gegen die Verfassung und den Friedensver-
94 trag von Dayton ist. Als Antwort darauf hat die Bundesre-
95 gierung und allen voran Außenministerin Annalena Baer-
96 bock Sanktionen der EU gegen Dodik gefordert, etwaige
97 Pläne sind aber bisher noch nicht umgesetzt und werden
98 seitens Dodik auch eher belächelt.

99

100 Doch auch auf bosnisch-kroatischer Seite kommt es zu De-

101 stabilisierungsversuchen: Der kroatische Nationalist und
102 Vorsitzende der kroatisch-rechts-nationalistischen Partei
103 HDZ-BiH, Dragan Covic, fordert die Gründung einer weite-
104 ren Entität, der sogenannten „Herceg-Bosna“, ein Pseudo-
105 Staat, welcher 1992 ausgerufen wurde, jedoch nicht im
106 Vertrag von Dayton festgeschrieben wurde. Covic arbeitet
107 derweil daran, die Region unabhängiger zu machen, um
108 ein neo-faschistisches Kleinkroatien zu etablieren, wel-
109 ches an das Mutterland angegliedert werden soll. Um die-
110 sem Schritt näher zu kommen, forderte er im Sommer die-
111 ses Jahres eine Wahlrechtsreform, welche ihm und seiner
112 Partei eine Dauerkarte für die bosnische Regierung verlei-
113 hen würde, sodass die HDZ jegliche staatlichen Prozesse
114 blockieren könnte, wie sie es bereits in der Föderation BiH
115 seit vier Jahren tut.

116

117 Dodik und Covic stehen für Nationalismus, Faschismus,
118 Rassismus, Despotismus und Sezessionismus und tun al-
119 les in ihrer Macht Stehende, um die Demokratie und die
120 Rechtsstaatlichkeit in BiH auszuhebeln! Dabei werden sie
121 von Kroatien und Serbien unterstützt. So unterstützt die
122 serbische Regierung unter Aleksandar Vucic die Sezessi-
123 onsbestrebungen der Republika Srpska mit dem Ziel ei-
124 nes „Großserbiens“, obwohl es das Abkommen von Day-
125 ton mitunterzeichnet hat. Daneben nutzte die ultranatio-
126 nalistische kroatische Regierung Kanäle der Europäischen
127 Union, vor allem durch den EU-Erweiterungskommissar
128 Oliver Varhelyi, um die eigenen nationalen Interessen
129 zu verfolgen und beteiligt sich an dem Plan, die Enti-
130 tät „Herceg-Bosna“ zu etablieren. Nicht zuletzt versucht
131 die kroatische Regierung die Wahlrechtsreform in BiH
132 durchzusetzen und drohte unlängst eine Blockade des
133 NATO-Beitritts Schwedens und Finnlands an, sollte es
134 keine Wahlrechtsreform nach eigenen Vorstellungen in
135 Bosnien-Herzegowina geben.

136

137 Auch der Kreml nutzt alle Möglichkeiten aus, die innenpo-
138 litische Lage in BiH im Zusammenspiel mit Kroatien und
139 Serbien weiter zu destabilisieren: Denn Russland sorgte
140 unter anderem dafür, dass der Hohe Repräsentant Chris-
141 tian Schmidt seinen Rechenschaftsbericht zu der Lage in
142 Bosnien und damit zu den ethnopolitischen Krisen vor
143 dem Weltsicherheitsrat nicht präsentieren konnte, wo-
144 durch aktiv das Bewusstsein für die Sezessionsbestrebun-
145 gen Dodiks durch die Unterstützung Serbiens und Kroa-
146 tiens gezielt vor der internationale Staatengemeinschaft
147 geschwächt werden sollte. Zudem äußerte sich der russi-
148 sche Botschafter Igor Kalabuchow im März 2022 in Sara-
149 jevo zu einem möglichen NATO-Beitritt von BiH und sagte
150 zwar, dass es eine interne Angelegenheit des Landes sei,
151 die Reaktion Russlands jedoch nicht und Moskau bereits
152 am Beispiel der Ukraine gezeigt habe, was es erwarten
153 werde. Auch wird befürchtet, dass der Kreml bei der Wei-

154 terführung der Abspaltungsversuche der Republika Srps-
155 ka dessen Unabhängigkeit anerkennt, wie er es bei den Re-
156 gionen Donezk und Luhansk getan hat.

157

158 Fest steht: Die Souveränität und territoriale Integrität
159 von BiH ist gefährdet und es bedarf einer internationa-
160 len Kraftanstrengung, um die Fehler aus den 90er Jahren
161 nicht erneut zu begehen! Die EU steht in der historischen
162 Verantwortung und in der Pflicht, Sanktionen gegen Do-
163 dik und Covic, sowie ihre Parteien zu verhängen, um sie
164 daran zu hindern, den secessionistischen Kurs weiterzu-
165 führen und um die territoriale Integrität Bosniens zu be-
166 wahren!

167

168 Wir brauchen zudem eine starke EU, die ihren Versprechen
169 einer sicheren Beitrittsperspektive gerecht wird und die
170 Hürden des Beitrittsprozesses endlich an die politischen
171 Realitäten auf dem Westbalkan anpasst! BiH gilt bereits
172 seit 2003 als potentieller Beitrittskandidat, hat 2016 ei-
173 nen EU-Beitrittsantrag gestellt und nicht zuletzt im Okto-
174 ber 2021 stellte die Europäische Kommission einen großen
175 Fortschritt bei der Umsetzung der von ihr festgelegten Re-
176 formprioritäten fest und forderte BiH daraufhin auf, wei-
177 tere Anstrengungen zu unternehmen, um eine Chance auf
178 den Beitrittskandidatenstatus zu bekommen. Der Ukraine
179 wurde derweil am 23. Juni 2022 offiziell der Kandidaten-
180 status zum EU-Beitritt zugesprochen. Diesen Schritt be-
181 fürworten wir ausdrücklich. Es lässt sich jedoch nicht igno-
182 rieren, dass BiH in allen Beitrittskriterien, wie etwa zur
183 Korruptionsbekämpfung und der Förderung von Rechts-
184 staatlichkeit, Pressefreiheit und der wirtschaftlichen Frei-
185 heit, größere Fortschritte erzielt hat, als die Ukraine. Trotz
186 dieser ganzen Bemühungen und Errungenschaften ist der
187 offizielle Beitrittskandidatenstatus für BiH dem Land bis
188 heute verwehrt geblieben, was nicht zuletzt darauf zu-
189 rückzuführen ist, dass der Westbalkan grundsätzlich we-
190 niger Unterstützung erhält, als andere Länder bisher und
191 sich die Beitrittsprozesse dieser Region insgesamt schwie-
192 riger gestalten. Denn nach den Erweiterungsrunden von
193 2004 und 2007 und den Schwierigkeiten durch die Finanz-
194 und Euro-Krise wurde die West-Balkan-Erweiterung zu-
195 nehmend weniger wichtig, bis der Prozess schließlich ein-
196 schließ. Zudem haben die Mitgliedsstaaten beschlossen,
197 die Kriterien für den Beitritt zu verschärfen und den Pro-
198 zess komplexer für Bewerber zu machen - schließlich woll-
199 te man die Fehler der vorherigen Runden vermeiden. Die
200 EU ist mitverantwortlich für die Destabilisierung der Re-
201 gion. Dabei lässt sich vor allem aus den Erfahrungen und
202 den Erkenntnissen der bisherigen europäischen Geschich-
203 te festhalten, dass eine glaubwürdige EU-Perspektive zur
204 Stärkung liberal-demokratischer Kräfte führt und Reform-
205 prozesse positiv vorantreiben kann und hier ein Hand-
206 lungsauftrag der EU besteht!

207

208 Doch nicht nur BiH ist von einer immensen Instabilität
209 geprägt, sondern auch die Republik Kosovo, die sich im
210 Jahr 2008 als damalige Provinz der Republik Serbien völ-
211 kerrechtskonform unabhängig erklärte. Seitdem gilt der
212 Kosovo lediglich als potentieller Beitrittskandidat und be-
213 müht sich um die Stärkung und Sicherung demokratischer
214 und rechtsstaatlicher Strukturen. Die EU beteiligte sich
215 an diesen Prozessen unter anderem durch die Unterzeich-
216 nung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens
217 mit der Aussicht auf einen EU-Beitritt der Republik Koso-
218 vo im Jahr 2015. Dabei konnte der Kosovo bereits Erfolge in
219 den Reformbemühungen erzielen, wie etwa die vollstän-
220 dige Umsetzung der wesentlichen Eckpfeiler für eine Vi-
221 saliberalisierung, Fortschritte im Justizwesen und der Ge-
222 währleistung und Achtung von Menschenrechten.

223

224 Innenpolitisch steht der Kosovo jedoch vor erheblichen
225 Herausforderungen, was sich nicht zuletzt in häufigen Re-
226 gierungswechseln in der Republik zeigt. So kam es in den
227 vergangenen zwei Jahren zu mehreren Regierungswech-
228 seln aufgrund von Misstrauensanträgen, gerichtlichen In-
229 terventionen zur Regierungsbildung sowie dessen Annul-
230 lierung aufgrund unzulässiger Stimmabgaben und einer
231 vorgezogenen Wahl im Februar 2021.

232

233 Vor dem Hintergrund der aktuellen Dynamik in der euro-
234 päischen Erweiterungspolitik kündigte die Regierung an,
235 Ende des Jahres einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft zu
236 stellen. Im Mai 2022 stellte die Republik Kosovo zudem
237 einen Antrag auf Mitgliedschaft im Europarat. Jedoch re-
238 agierte Serbien mit starken Worten auf den Antrag sowie
239 auf mögliche EU- und Natobeitrittsgesuche mit der Dro-
240 hung, dass die serbische Regierung ihre "Zähne zeigen"
241 würde.

242

243 Denn seit der kosovarischen Unabhängigkeit herrscht ein
244 andauernder Konflikt mit Serbien, der die Eigenstaatlich-
245 keit des Kosovos gemeinsam mit Russland und weite-
246 ren Mitgliedern des Europarats nicht anerkennt, darunter
247 auch Spanien, Rumänien, Griechenland, Zypern und die
248 Slowakei. Die Spannungen zwischen beiden Republiken
249 erreichten ihren Höhepunkt zuletzt wegen Konflikten an
250 den Grenzübergängen aufgrund der geplanten Nichtaner-
251 kennung serbischer Personaldokumente und KfZ-Zeichen
252 durch die kosovarische Regierung, wobei diese Regelun-
253 gen zuvor von der serbischen Regierung eingeführt wur-
254 den.

255

256 Das Problem der fehlenden Anerkennung des Kosovos
257 wirkt dabei auch in andere Bereiche fort: Denn die EU
258 rief ein moderiertes Dialogformat zwischen Serbien und
259 dem Kosovo ins Leben, mithilfe dessen die Beziehungen

260 beider Staaten normalisiert werden und in ein rechts-
261 verbindliches Normalisierungsabkommen münden soll-
262 ten. Prämisse ist dabei, dass sich die Beziehungen zwi-
263 schen dem Kosovo und Serbien erst normalisieren müs-
264 sen, bevor ein EU-Beitritt beider Staaten möglich ist. Bis-
265 her konnte der Dialog jedoch nicht voranschreiten. Oh-
266 ne internationale Anerkennung des Kosovos wird es nicht
267 nur unwahrscheinlicher, dass das Land eine echte EU-
268 Beitrittsperspektive hat. Auch für eine Mitgliedschaft in
269 der UNO muss die Souveränität und Unabhängigkeit des
270 Kosovos international geklärt sein.

271

272 Bis heute steht dem aber auch das UN-Vetorecht Russ-
273 lands im Sicherheitsrat entgegen, mit dem es versucht,
274 die Versuche des Kosovos um die Anerkennung der Eigen-
275 staatlichkeit und der UN-Mitgliedschaft zu untergraben.
276 Vor dem Hintergrund der aktuellen Verschärfungen zwi-
277 schen dem Kosovo und Serbien sicherte Dimitri Peskow,
278 Sprecher des Kremls, die volle Unterstützung für Serbi-
279 en zu. Staaten wie Serbien und Russland versuchen, den
280 dysfunktionalen Status Quo des Westbalkan zu wahren,
281 veraltete Herrschafts- und Territorialansprüche über sou-
282 veräne und demokratische Staaten zu erheben und den
283 Westbalkan zu destabilisieren. Das kann nicht sein! Des-
284 halb begrüßen wir die bereits erzielten Errungenschaften
285 des Kosovos hinsichtlich der Reformbemühungen zu ei-
286 nem rechtsstaatlichen, demokratischen und menschen-
287 rechtsachtenden Staat sowie die Bekämpfung von Krimi-
288 nalität und Korruption und unterstützen den Antrag der
289 Republik Kosovo für die Mitgliedschaft im Europarat. Zu-
290 dem begrüßen wir, dass die Bundesregierung ihre Unter-
291 stützung des Kosovos ausdrücklich zusagt.

292

293 Um sowohl in BiH und auch im Kosovo für Stabilität zu
294 sorgen, bedarf es hier vor allem der Präsenz von NATO-
295 Friedenstruppen. In beiden Fällen hat sich die Bundes-
296 republik in der Vergangenheit an Friedensmissionen der
297 NATO-Sicherheitsgruppen EUFOR Althea und KFOR betei-
298 ligt, stellte die Beteiligung an der EUFOR Althea Mission
299 jedoch 2012 ein. Doch auch vor dem Hintergrund der geo-
300 politischen Machtspiele Russlands nach dem Angriff auf
301 die Ukraine kam es hier zur erneuten Beteiligung Deutsch-
302 lands an der Friedensmission durch die Entsendung von
303 bis zu 50 Soldat*innen. Im Mai 2022 verlängerte das Bun-
304 deskabinett zudem das Mandat für den unbefristeten Si-
305 cherheitseinsatz KFOR im Kosovo mit Zustimmung des
306 Bundestages bis zum Juni 2023. Aufgrund der aktuellen
307 und andauernden Spannungen zwischen den Republiken
308 Serbien und Kosovo hat sich die NATO zudem dazu bereit
309 erklärt, von ihrem Beobachterstatus abzuweichen und im
310 Rahmen des KFOR-Mandats einzugreifen, sofern die Sta-
311 bilität des Kosovos gefährdet sein sollte.

312

313 Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die Entscheidung
314 der Bundesregierung zur Wiederaufnahme des EUFOR Al-
315 thea Mandates vom 7. Juli 2022 zur Stabilisierung Bosni-
316 ens, blicken jedoch mit großer Sorge auf die anstehende
317 Abstimmung im UN-Sicherheitsrat zur Verlängerung des
318 EUFOR-Mandates im November und befürchten ein Ve-
319 to Russlands. Eine solche Blockade würde fatale Auswir-
320 kungen auf die innere Stabilität Bosnien-Herzegowinas
321 haben und den Sezessionsbestrebungen Dodiks weiterzu-
322 spielen. Dies gilt es zu verhindern.

323

324 Es lässt sich insgesamt festhalten, dass die anhaltenden
325 Destabilisierungsversuche im Westbalkan ein massives Si-
326 cherheitsrisiko für die EU darstellen und ohne weiteres
327 Zutun der EU in einem Flickenteppich autokratischer Sys-
328 teme auf dem Westbalkan münden werden. Denn was
329 sich in jüngster Zeit beobachten ließ, war ein Wieder-
330 erstarken Russlands in der Region, das nur möglich wur-
331 de, weil die EU ihren Blick zu lange nach Innen richtete,
332 anstatt sich mit den Versprechen einer realistischen
333 europäischen Zukunft im Westbalkan auseinanderzusetzen.
334 Der Kreml konnte sich so als wichtiger Partner, als ei-
335 ne Alternative zur europäischen Zukunft inszenieren und
336 den Westbalkan so als Schachbrett für seine geopolitischen
337 Ziele nutzen. Liberal-demokratische Kräfte werden
338 gezielt geschwächt und die EU kann und darf hier nicht
339 länger zuschauen. Wir haben vor allem gesehen, dass Pu-
340 tins Strategie in der Zusammenarbeit mit autokratischen
341 und populistischen Kräften in der Region liegt und Staaten
342 wie Serbien und Kroatien sich hier eindeutig als politische
343 Verbündete entblößt haben, die im Vergleich zu anderen
344 Westbalkanstaaten in puncto der von Europa vertretenen
345 Werte nicht weiter entfernt sein könnten. Deshalb müs-
346 sen wir jetzt klare Kante zeigen und dem Kreml sowie ver-
347 bündeten Staaten signalisieren, dass wir geschlossen hinter
348 den demokratischen Kräften des Westbalkans stehen,
349 welcher eine echte europäische Zukunft verdient und für
350 ein vereintes, multiethnisches und rechtsstaatliches poli-
351 tisches und gesellschaftliches System einsteht.

352

353 Wir fordern daher von der SPD-Bundestagsfraktion, der
354 Bundesregierung und den SPD-Abgeordneten im Europa-
355 parlament:

356

- 357 1. sich entschieden und klar gegen jegliche separatistischen
358 Bewegungen, Kriegsdrohungen oder Maßnahmen, die die innere
359 staatliche Ordnung in BiH gefährden, zu stellen und sich aktiv
360 gegen äußere Einmischungen durch kroatische und serbische Ver-
361 treter*innen zu positionieren.
- 362
- 363 2. eine Neuausrichtung der Beziehungen zu Serbien
364 und Kroatien aufgrund der anhaltenden Versuche,
365 die territoriale Integrität in BiH zu zerschlagen, zu

- 366 gestalten
- 367 3. vor diesem Hintergrund die Verurteilung der sezes-
- 368 sionistischen Politik Milorad Dodiks und Dragan Co-
- 369 vics und die Verhängung von Sanktionen gegen al-
- 370 le politischen Vertreter*innen, die die Sezessionsbe-
- 371 strebungen fördern
- 372 4. auf europäischer und internationaler Bühne die Ver-
- 373 herrlichung und Leugnung von Kriegsverbrechen
- 374 und von Völkermorden in BiH zu verurteilen und
- 375 Sanktionen gegen solche politischen Vertreter*in-
- 376 nen zu erlassen, die unter anderem den Völkermord
- 377 von Srebrenica leugnen.
- 378 5. sich auf europäischer Ebene für eine Neuausrich-
- 379 tung der europäischen Westbalkan-Strategie einzu-
- 380 setzen, die eine tatsächliche Perspektive auf einen
- 381 EU-Beitritt erlaubt.
- 382 6. die sozialdemokratischen Mitglieder im Europäi-
- 383 schen Parlament sollten sich dafür einsetzen, dass
- 384 die EU-Kommission die künftigen Beitrittsverhand-
- 385 lungen mit BiH auch unter Einbeziehung multieth-
- 386 nischer Parteien führt und BiH als multiethnische
- 387 Bürgerrepublik aufrechterhalten wird.
- 388 7. vor diesem Hintergrund eine intensive Zusammen-
- 389 arbeit mit den Regierungen des Kosovos und BiH
- 390 zur weiteren Unterstützung der Reformbemühun-
- 391 gen im Zuge des Beitrittsprozesses und ein zügiges
- 392 Verleihen des Beitrittskandidatenstatus für BiH, um
- 393 Destabilisierungsversuchen ein klares Signal durch
- 394 den Beistand der EU entgegenzuhalten.
- 395 8. vor diesem Hintergrund die Pausierung der (Vor-)
- 396 Beitrittsgespräche und EU-Fördergelder in Bezug
- 397 auf die Republik Serbien, die nicht direkt der Zi-
- 398 vilbevölkerung zugutekommen, bis jegliche Unter-
- 399 stützung nationalistischer Kräfte in und Handlun-
- 400 gen entgegen der territorialen Integrität und Sou-
- 401 veränität von BiH eingestellt und auch zukünftig
- 402 unterlassen werden. Das gleiche gilt für die an-
- 403 haltende Nichtanerkennung der Eigenstaatlichkeit
- 404 des Kosovos durch die Republik Serbien, sodass die
- 405 Vor-Beitrittsverhandlungen erst dann voranschrei-
- 406 ten können, wenn der Dialog zwischen Serbien und
- 407 dem Kosovo voranschreitet und in ernsthafte Bemü-
- 408 hungen zur Unterzeichnung eines Normalisierungs-
- 409 abkommen münden.
- 410 9. vor diesem Hintergrund jedoch die Intensivierung
- 411 und Unterstützung zivilgesellschaftlicher und de-
- 412 mokratischer Projekte in Serbien.
- 413 10. Vor diesem Hintergrund die Sanktionierung Kroati-
- 414 ens aufgrund der missbräuchlichen Nutzung euro-
- 415 päischer Kanäle zur Unterstützung und des Verfol-
- 416 gens antidemokratischer, völkerrechtswidriger und
- 417 sezessionistischer Pläne auf dem Westbalkan, ins-
- 418 besondere in BiH, sowie die Einleitung von Schrit-

- 419 ten, um diesen Missbrauch künftig zu unterbin-
420 den. Daher soll sich klar für eine Neubesetzung
421 des Amtes des Erweiterungskommissars ausgespro-
422 chen werden und entsprechender Druck ausgeübt
423 werden.
- 424 11. Vor diesem Hintergrund die Etablierung eines Me-
425 chanismus im Rahmen einer neu ausgerichteten
426 Westbalkanstrategie, angelehnt an den Konditio-
427 nalitätsmechanismus, mit welchem die EU Verstö-
428 ße gegen ihre Grundwerte und insbesondere gegen
429 die Rechtsstaatlichkeit durch das Verhalten von Mit-
430 gliedstaaten in ihren außenpolitischen Beziehun-
431 gen auf dem Westbalkan ahnden können. Dies sollte
432 durch den schrittweisen Entzug der EU-Gelder ge-
433 schehen, sofern die Konsequenzen der außenpoli-
434 tischen Beziehungen den finanziellen und ressour-
435 cenorientierten Investitionen der EU zuwiderlaufen.
- 436 12. Wir fordern daher eine proaktive Unterstützung des
437 Antrages der Republik Kosovo im Europarat durch ein-
438 en gezielten Dialog auf europäischer Ebene sowie
439 intensive, diplomatische Anstrengungen hinsicht-
440 lich jener Mitglieder im Europarat, die die Eigen-
441 staatlichkeit des Kosovos nicht anerkennen. Zudem
442 fordern wir die proaktive Unterstützung des Antra-
443 ges der Republik Kosovo für eine EU-Mitgliedschaft!
- 444 13. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, auf inter-
445 nationaler und europäischer Ebene sowie im Kon-
446 takt mit BiH und in Zusammenarbeit mit der tsche-
447 chischen Ratspräsidentschaft auf alternative Mög-
448 lichkeiten hinzuarbeiten, um die Verlängerung des
449 EUFOR-Mandates sicherzustellen. Eine solche Mög-
450 lichkeit stellt die Entkoppelung der Mission vom UN-
451 Mandat durch eine offizielle und verbindliche Einla-
452 dung an die EU durch BiH dar, um die EUFOR-Althea
453 Mission fortzuführen oder eine (Re-)Legitimierung
454 der EUFOR-Mission über Annex 1 des Friedensab-
455 kommens von Dayton. Zudem fordern wir die Bun-
456 desregierung dazu auf, sich im Falle der Intensivie-
457 rung der innenpolitischen Spannungen in Bosnien
458 und Herzegowina und von wachsenden Destabili-
459 sierungsversuchen Russlands oder andere Akteure
460 für eine Aufstockung der Anzahl von Soldat*innen
461 innerhalb der Friedensmission einzusetzen
- 462 14. Wir fordern die Bundesregierung zudem dazu auf,
463 sich im Falle von Intensivierungen des Konfliktes
464 zwischen der Republik Kosovo und der Republik Ser-
465 bien an der Abweichung vom Beobachterstatus der
466 NATO im Rahmen des KFOR-Mandates ausdrücklich
467 zu beteiligen und die territoriale Integrität des Ko-
468 sovos zu wahren
- 469 15. Wir fordern die Unterstützung des Kosovos hinsicht-
470 lich der Eigenstaatlichkeit der Republik und seiner
471 Anstrengungen, international anerkannt zu wer-

- 472 den. Daher sollen die Bemühungen auf europäi-
473 scher Ebene gegenüber den EU-Mitgliedstaaten, die
474 den Kosovo nicht als eigenständige Republik aner-
475 kennen, intensiviert werden, um die Westbalkan-
476 strategie zwischen den Mitgliedsstaaten zu harmo-
477 nisieren.
- 478 16. Wir fordern aktive Bemühungen, russische Kanäle
479 zur Destabilisierung des Westbalkan durch ein er-
480 höhtes Engagement in der Region zu schließen
- 481 17. Vor diesem Hintergrund die Einrichtung einer euro-
482 päischen oder internationalen Monitoring-Gruppe,
483 gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den USA
484 oder anderen Staaten, um russische Destabilisie-
485 rungsversuche und -aktivitäten zu überwachen und
486 Maßnahmen dagegen zu entwickeln
- 487 18. Vor diesem Hintergrund auf europäischer Ebene ge-
488 gen russische Desinformationskampagnen auf dem
489 Westbalkan vorzugehen, die antieuropäische Senti-
490 ments fördern, Falschinformationen verbreiten und
491 die Stabilität der Region bedrohen, indem russische
492 Propaganda öffentlich enttarnt wird und aktiv ein
493 Zugang zu den lokalen Medien geschaffen wird.
- 494 19. Unabhängige Medien in dieser Region zu fördern.
495 Medienplattformen, die gegen geltendes Recht ver-
496 stoßen, sind entsprechend zu sanktionieren.